

Pressemitteilung

Die FDP Rhein-Neckar hat für den Landesparteitag der FDP in Baden-Württemberg am 5. Januar 2024 folgenden Antrag gestellt:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Mehr psychologische und psychiatrische Beratungsangebote insbesondere auf dem Land, damit Patienten nicht aus Mangel an Therapiemöglichkeiten in Kliniken eingeliefert werden und psychologische Probleme sich durch Wartezeiten verfestigen und verschlimmern.

Mehr finanzielle Unterstützung für Selbsthilfegruppen für seelisch kranke Menschen wie u.a.den Hilfsverein für seelische Gesundheit in Baden-Württemberg e.V..

Ausbau der stationsäquivalenten Behandlung (Stäb). 2017 wurde die stationsäquivalente Behandlung per Bundesgesetz als neue Form der Akutbehandlung psychisch kranker Menschen gleichrangig neben die stationäre Therapie gestellt.

Ein Ansatz, der sich u.a. am ZI in Mannheim bewährt hat.

Einen Ausbau der Kurzzeitpflege nach einem Klinikaufenthalt, damit Patient/Innen nicht im Krankenhaus bleiben, weil es an der Anschlussbetreuung mangelt. Denn oft wissen Krankenhäuser nicht, wohin Patienten verlegt werden können und wie sie den längeren stationären Aufenthalt finanzieren sollen. Denn abgerechnet wird nach Fallpauschalen, die bei längeren stationären Aufenthalten nicht kostendeckend sind.

Begründung

Psychische Probleme nehmen in allen Lebensbereichen zu. Sie werden berichtet von Studierenden, Kindern und Jugendlichen, aber auch Berufstätigen und Senioren. Laut DAK steigen die Tage der Arbeitsunfähigkeit durch psychische Erkrankungen kontinuierlich.

Die Verweildauer in Krankenhäusern hat sich in den letzten Jahren verkürzt, allerdings nicht im Bereich der Psychiatrie.

Auch in diesen Bereich könnte die Verweildauer und damit auch die Lebensqualität der Patienten durch eine schnelle Akutversorgung, im Vorfeld, Kurzzeitpflege nach dem Klinikaufenthalt und ambulante Kapazitäten verkürzt werden.